



STADT HERDECKE

Öffentliche Bekanntmachung

1. Haushaltssatzung der Stadt Herdecke für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund

der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), hat der Rat der Stadt Herdecke in seiner Sitzung am 31.01.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich an fallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan

Gesamtbetrag der Erträge auf	52.975.975 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	58.189.250 Euro

im Finanzplan

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	49.790.555 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	53.402.695 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.118.880 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	5.675.460 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	2.556.580 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.090.800 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 2.556.580 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 5.626.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans, wird auf	0,00 Euro
und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans auf	5.213.275 Euro

festgesetzt

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 29.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 gemäß der Hebesatzung wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer
 - für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 237 %
 - für die Grundstücke (Grundsteuer B) 745 %
- Gewerbesteuer 535 %

Die Angabe in dieser Haushaltssatzung hat nur deklaratorische Bedeutung.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2021 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 8

- Als erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW gilt ein Fehlbetrag, der 2% des Gesamthaushaltsvolumens der Aufwendungen oder Auszahlungen des laufenden Haushaltsjahres übersteigt.
- Als erheblich sind Mehrausgaben im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW anzusehen, wenn sie im Einzelfall 2% des Gesamtvolumens der Aufwendungen oder Auszahlungen des laufenden Haushaltsjahres übersteigen.
- Als geringfügig im Sinne des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NRW gelten Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, deren voraussichtliche Gesamtkosten nicht mehr als 150.000 Euro betragen.
- Als erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs.2 GO NRW sind Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen über 50.000 Euro (netto) anzu-

sehen. Als unerheblich gelten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen, für die bereits im Vorjahr Mittel bereitgestellt worden sind, die jedoch nicht in Anspruch genommen wurden, bis zur Höhe des ursprünglich bereitgestellten Betrages. Über die Leistung dieser Ausgaben entscheidet der Kämmerer und soweit kein solcher bestellt ist die Bürgermeisterin bzw. ihr Vertreter im Amt.

§ 9

Nach § 4 Abs. 4 Satz 2 der GemHVO werden die Wertgrenzen wie folgt festgelegt:

- | | |
|---|--------------|
| a) für Baumaßnahmen (Gesamtauszahlungsbedarf) | 100.000 Euro |
| b) für einmalige Beschaffungen (Jahresbedarf) | 20.000 Euro |
| c) für regelmäßige Beschaffungen (Jahresbedarf) | 30.000 Euro |

Die Festsetzungen haben hier nur deklaratorische Bedeutung, da die Festlegungen durch den Rat am 13.03.2008 beschlossen wurden.

§ 10

1. Soweit im Stellenplan ein Vermerk "künftig wegfallend" (kw) bzw. "künftig umzuwandeln" (ku) angebracht ist, entfallen die Stellen bzw. werden die Stellen nach Neubewertung umgewandelt, wenn sie frei werden.
2. Die rückwirkende Einweisung von Beamten in höhere Planstellen ist unter der Voraussetzung des § 3 Abs. 1 Satz 2 Landesbesoldungsgesetz zulässig.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Schwelm mit Schreiben vom 19.02.2019 angezeigt worden.

Die nach § 75 Abs. 4 GO NRW erforderliche Genehmigung der Verringerung der Rücklage ist vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Schwelm mit Verfügung vom 21.02.2019 erteilt worden.

Die nach § 76 Abs. 2 GO NRW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzept ist vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Schwelm mit Verfügung vom 21.02.2019 erteilt worden.

Der Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept liegen zur Einsichtnahme vom 04.03.2019 bis zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2019 bei der Stadtverwaltung Herdecke im Rathausgebäude Kirchplatz 3, Zimmer 211 bis 213, während der Dienststunden öffentlich aus und sind unter der Adresse www.herdecke.de im Internet verfügbar.

Hinweis

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) kann gemäß § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Herdecke vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herdecke, 26.02.2019

Die Bürgermeisterin
gez.
Dr. Katja Strauss-Köster